

Zahl abgelehnter Asylbewerber wird »signifikant steigen«

658 Abschiebungen aus OWL – CDU fordert zentrale Unterbringung

Von Bernd Bexte

Bielefeld(WB). 658 abgelehnte Asylbewerber sind 2016 von Ausländerbehörden in OWL abgeschoben worden. Da aber drei Viertel der Ausreisepflichtigen in NRW geduldet werden, sieht die CDU die Landesregierung in der Pflicht.

»Anstatt den kommunalen Ausländerbehörden die Rückführung Ausreisepflichtiger aufzubürden, muss dies zentral im Land aus den Landeseinrichtungen erfolgen«, meint CDU-Fraktionsvize André Kuper aus Rietberg. Seine Landtagsfraktion fordert die Einrichtung eines »Arbeitsstabes Rückkehr« im NRW-Innenministerium zur Zentralisierung dieser Aufgabe. Für straffällige abgelehnte Asylbewerber soll es Schnellverfahren zur Abschiebung geben. Zudem sollen Menschen ohne Bleibeperspektive in Landesaufnahmeeinrichtungen untergebracht und nicht mehr Kommunen zugewiesen werden. »Die Akzeptanz des Asylrechts hängt davon ab, dass das Recht auch durchgesetzt wird.«



Die meisten Abschiebungen (136) aus OWL ordnete im vergangenen Jahr die vom Land finanzierte Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) in Bielefeld an – eine von dreien in NRW. Es folgten der Kreis Gütersloh (103), der Kreis Lippe (87) sowie der Kreis Paderborn (78). Die wenigsten Menschen (4) schob die Stadt Minden ab. Laut einer Übersicht des NRW-Innenministeriums zählten die OWL-Ausländerbehörden zudem 4122 freiwillige Ausreisen, davon 3847 mit finanzieller Förderung. Die meisten Fälle (898) entfielen auch hier auf die ZAB Bielefeld.

Von den 63 000 Ausreisepflichtigen in NRW würden 46 400 geduldet – »allein 10 715 wegen fehlender Papiere«, sagt Kuper. Bei vielen sind es gesundheitliche Gründe. Knapp die Hälfte komme aus Balkan-Ländern. Die Zahl der Geduldeten sei 2016 in NRW um acht Prozent gestiegen. In NRW lebten 30 Prozent aller bundesweit Ausreisepflichtigen sowie 30 Prozent aller Geduldeten – »mehr als in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zusammen«.

Laut Landesregierung wurden 2016 NRW-weit 156 619 Asylentscheidungen getroffen. 43 Prozent der Anträge wurden abgelehnt. Ende Januar waren noch 96 600 Asylverfahren anhängig. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) geht in einem Bericht für den Landtag deshalb davon aus, »dass die Zahl der Ausreisepflichtigen 2017 signifikant steigen wird und es erheblicher Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen im Bereich des Rückkehrmanagements bedarf«. Allerdings hält er die Kritik der CDU für unberechtigt: In NRW habe es 2016 im Ländervergleich mit 26 842 die meisten Ausreisen (Abschiebungen plus freiwillige Ausreisen) gegeben – 69 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei den Abschiebungen liege NRW mit etwa 5000 vor Baden-Württemberg und Bayern.

Im Zuge des »Integrierten Rückkehrmanagements NRW« würden die Kommunen stärker unterstützt, unter anderem bei der Beschaffung von Passersatzpapieren. Im Juni sei die Zentrale Rückkehrkoordination (ZRK) bei der ZAB Bielefeld eingerichtet worden. Sie gewähre kommunalen Ausländerbehörden Unterstützung bei Rückkehrfragen.